

**Rede von Oberbürgermeister Dirk Abel  
zur Einbringung des Haushalts 2024  
am 19.12.2023 im Gemeinderat**

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderats,  
sehr geehrte Ortsvorsteher,  
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der  
Presse,

Jede Zeit hat ihre eigene Biographie. Unsere ist geprägt von Kriegen, Konflikten, Krisen und einem immer mehr an Tempo aufnehmenden Strukturwandel. Zurecht spricht der Gemeinderat Baden-Württemberg im 50. Jahr seines Bestehens von den **Städten und Gemeinden als Orte der Wirklichkeit.**

**[Folie 3]**

Dem kann ich nur zustimmen, denn bei uns, in den Städten und Gemeinden wird Politik konkret gelebt, die anderswo in Brüssel, Berlin oder Stuttgart beschlossen wird.

Die erste Corona-Pandemie wurde zwar von der WHO und Karl Lauterbach für beendet erklärt, dennoch belastet sie uns bis heute. Die wirtschaftlichen Einschnitte waren enorm, viele Unternehmen hatten nicht die Kraft zum Überleben.

Die angekündigte Erhöhung der Mehrwertsteuer von sieben auf 19 Prozent wird viele Gastronomiebetriebe und weitere Arbeitsplätze gefährden.

Der imperiale Vernichtungskrieg Putins in der Ukraine hat dazu beigetragen, dass nicht nur die Energiepreise enorm gestiegen sind. Alles ist teurer geworden und das konsumtive Verhalten der Bürgerinnen und Bürger hat sich verändert. So verringern sich auch die Steuereinnahmen der Kommunen real beträchtlich, denn sie halten mit der Inflation nicht annähernd Schritt.

Die Zahl der vor Krieg, Gewalt, Zerstörung und Terror fliehenden Menschen nimmt zu und wir tun alles, um ihnen eine vorübergehende Heimat bieten zu können. Das hat auch Folgen für die kommunalen Finanzen. Um mit Altbundespräsident Joachim Gauck zu sprechen: **Unsere Herzen sind weit, doch unsere Möglichkeiten begrenzt.**

Das Inflationsausgleichgesetz und das Wachstumschancengesetz der Bundesregierung wird rund 40 Milliarden Euro weniger Steuereinnahmen für die Länder und Kommunen bis 2027 / 2028 bedeuten.

Das Bundesverfassungsgerichtsurteil, das Experten erwartet hatten, nur die Bundesregierung anscheinend nicht, bringt zusätzliche Unsicherheit mit sich. Die fehlenden 60 Milliarden sind schwer zu kompensieren.

Das Ergebnis der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst bedeutet, dass die Länder und Kommunen zusätzlich belastet werden. Dass die Bundesregierung den Haushalt 2024 in diesem Jahr nicht mehr beschlussfähig macht, stimmt weder euphorisch noch optimistisch und ist eine enorme Belastung hinsichtlich geplanter unternehmerischer Investitionen zur Sicherung der Zukunft. Vieles wird in Frage gestellt. Gerade in der Wirtschaftspolitik gilt unverändert der Satz von Ludwig Erhard, dass sie zur Hälfte aus Psychologie besteht.

Das sind große Herausforderungen für uns alle, die wir nur gemeinsam bewältigen können. Und gleichzeitig findet eine Fragmentierung unsere Gesellschaft statt. Viele Menschen wenden sich von der Politik ab, ihre Akzeptanz nimmt ab, weil sie das Gefühl haben, dass staatliche Versprechen nicht kompatibel sind mit den staatlichen Leistungen. Rechtsextreme Populisten instrumentalisieren die Sorgen und Nöte der Menschen für ihre verfassungsfeindlichen Zwecke.

Der Krieg im Gazastreifen und Israel bringt auch bei uns wieder vermehrt Hass, Gewalt und Antisemitismus zurück. Kritik ist bei uns grundsätzlich erlaubt. Auch an Israel. Dass jedoch jüdische Menschen bei uns wieder Angst haben müssen, Anschläge auf Synagogen oder andere israelische Einrichtungen stattfinden, Häuser mit dem Davidstern beschmiert werden – das darf bei uns keinen Platz haben! Genauso wenig – und das möchte ich nachdrücklich betonen – wie der Generalverdacht gegen Muslime.

Wirtschaftlich erleben wir eine Rezession und sind momentan das Schlusslicht der Industriestaaten, in der Digitalisierung sind wir um zwei Jahrzehnte zurück. Wir haben einen großen Fachkräfte- und Arbeitskräftemangel und die neuesten Pisa-Studien verheißen für die Zukunft nichts Gutes.

Der Klimawandel und seine Folgen zwingen uns zum Handeln, bevor noch mehr Kippunkte erreicht werden. Wir haben deshalb ambitionierte Klimaziele. Klimaneutralität in der EU bis 2050, im Bund bis 2045 und bei uns im Land und damit auch in Balingen bis 2040.

Die Kommunen müssen das alles in die Praxis umsetzen. Höchste Zeit, dass Bund und Land endlich umdenken und bezahlen, was sie bei den Kommunen bestellen. Dringend muss zukünftig jedes Gesetz auf beiden Ebenen grundsätzlich auf seine konkreten Auswirkungen auf die Kommunen überprüft und entsprechend überarbeitet werden. Wer bestellt, bezahlt.

### **Damit komme ich zu unserem Haushalt:**

Wir haben eine dramatische Haushaltslage, vor allem aus **drei Gründen**.

**[Folie 4]**

1. Immer weitere Aufgaben werden uns von Land und Bund auferlegt. Ich nenne nur die Wohngeldreform und den Anspruch auf Ganztagesbetreuung in den Grundschulen.
2. Die Erhöhung der Kreisumlage um 2,7 Prozentpunkte auf 30,2 Prozent macht bei uns jährlich 2,5 Millionen Euro Mehrausgaben aus. Die Kreisumlage, die als interkommunaler Finanzausgleich und zur Finanzierung der Kreisaufgaben dient, hat die Steuerkraft der Gemeinden als Erhebungsgrundlage. Wir zahlen im nächsten Jahr knapp 19 Millionen Euro an den Kreis, das entspricht 15 Prozent unseres Gesamthaushalts.

**3.** Die inflationsbedingten Tarifsteigerungen, ich habe sie schon kurz erwähnt, bedeuten für uns rund 4 Millionen Euro zusätzliche Ausgaben jährlich. Das umfasst nur die Gehaltserhöhungen, noch nicht die geringe Stellenmehrung im Stellenplan. Demgegenüber stehen wegen der gesamtwirtschaftlichen Lage keine auch nur annähernd vergleichbar erhöhten Einnahmeerhöhungen aus Steuern oder Zuweisungen.

Wir benötigen deshalb einen synergetischen Dreiklang, bestehend aus dem Erhalt sinnvoller Investitionen, konsequenten Einsparungen im und der Erhöhung der Einnahmen.

#### **[Folie 5]**

An wichtigen Zukunftsprojekten dürfen wir nicht sparen, müssen diese jedoch priorisieren. Investitionen, die wichtig sind, um uns unsere Zukunft zu erhalten sind günstiger als zu spät getätigte Investitionen. Für das Jahr 2024 planen wir 17,6 Millionen Euro zu investieren, davon 8,2 Millionen in den Stadtteilen – das heißt annähernd 50 Prozent. Perspektivisch bis 2027 sind 87 Millionen Euro an Investitionen vorgesehen.

In Zeiten des Fachkräftemangels dürfen wir auch nicht beim Personal sparen – im Gegenteil! Hier brauchen wir weiter sinnvolle und maßvolle Instrumente wie Entfristungen, Beförderungen, leistungsorientierte Bezahlung, Aufstockungen von Arbeitszeiten oder etwa in den Kindergärten Haushaltshilfen zur Unterstützung der Kindergartenteams.

Deutliche Einsparungen müssen in anderen Bereichen vorgenommen werden – beispielsweise bei Büromitteln oder allgemeinen Aufwendungen der Verwaltung, bei den Eigenproduktionen der Stadthalle oder durch Wegfall des beitragsfreien Kindergartenjahres.

Nun zur Erhöhung der Einnahmen. Hier müssen wir verschiedene Gebühren der aktuellen Lage anpassen. Ebenso zentral wie bei den Einsparungen ist dabei die Frage nach dem Deckungsgrad kommunaler Leistungen. Eine Erhöhung der Gewerbesteuer um 20 Prozentpunkte, entspricht einem neuen Hebesatz von 370 Punkten. Der durchschnittliche Gewerbesteuer-Hebesatz in Baden-Württemberg betrug 397 Prozent im Jahr. D.h. mit 370 sind wir immer noch deutlich unter dem Landesschnitt und auch in der Region Neckar-Alb und im Regierungsbezirk Tübingen sind wir mit einem solchen Satz sehr wettbewerbsfähig. Hinzu kommt, dass die letzten Erhöhungen auf 2012 und 1984 datieren, wir also seit 40 Jahren nicht wesentlich erhöht haben.

Es geht nicht darum, Bürgerinnen und Bürger zu belasten, sondern darum, einen bewilligungsfähigen Haushalt vorzulegen und Balancen im Interesse und zum Wohl der Bürgerschaft attraktiv zu halten.

Daher sollen die Belastungen auf viele Schultern verteilt werden. Deshalb noch eine weitere Anmerkung zur Gewerbesteuererhöhung: Kleinere Einzelunternehmen können dies in der Einkommenssteuer geltend machen, die Grundsteuerreform entlastet zugleich größere Unternehmen.

In diesem Jahr haben wir ein Minus von 3 Millionen Euro eingeplant, 2024 sieht es noch deutlich schlechter aus: Wir rechnen damit, dass Einnahmen von rund 121 Millionen Euro Ausgaben von rund 126 Millionen Euro im Ergebnishaushalt gegenüberstehen. Das entspricht einem Minus von 4,7 Millionen Euro. Rechnet man die Abschreibungen heraus, so entspräche das in der alten Kameralistik einem ausgeglichenen Haushalt.

**[Folie 6]**

Und das können wir auch nur durch die schon skizzierten Maßnahmen erreichen, denn nach der Anmeldung der Fachbereiche lag das Minus noch bei 11 Millionen. In vier Stufen und vielen Gespräche konnten wir das Minus um 6,3 Millionen Euro senken.

### **[Folie 7]**

Erstens durch eine Verbesserung der Budgets bei den freiwilligen Leistungen um 0,5 Millionen. Zweitens durch pauschale Kürzungen und Einsparungen von bis zu 20 Prozent um 4 Millionen. Drittens durch die Abschaffung des beitragsfreien Kindergartenjahres 400.000. Viertens durch die Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer um 1,4 Millionen.

Anders als mit diesen Maßnahmen ist das alles nicht zu schaffen. Wir gehen als Kommune einigen schweren Jahren entgegen, was auch bei der Finanzplanung für die kommenden Haushaltsjahre deutlich wird.

Wir alle werden uns von lieb gewonnenen, aber nicht mehr finanzierbaren Leistungen der Stadt verabschieden müssen. Nicht zuletzt haben wir in dieser Lage einen gravierenden Investitionsstau anzugehen – sei es auf den Straßen oder bei den städtischen Gebäuden – und „nebenbei“ die Energiewende und die Digitalisierung bei einem Mangel an Fachkräften zu bewältigen. Ohne massive Unterstützung von Land und Bund wird das in den „Orten der Wirklichkeit“ nicht zu leisten sein.

Ich bitte daher unsere Bürgerinnen und Bürger um ihr wohlwollendes Verständnis. Die Komplexität der unterschiedlichen Bereiche, die zu unserer Haushaltslage geführt hat, macht unser entschiedenes, von allen gemeinsam getragenes Handeln erforderlich. Dann, da bin ich mir sicher, geht es wieder aufwärts.

Mir ist es ein besonderes Anliegen, mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu bedanken. Ebenso bei den Ortschaftsräten, die in den vielen Haushaltsgesprächen auf Manches im Interesse unserer Stadt verzichtet haben und so einen wichtigen Beitrag in schwieriger Lage geleistet haben.

Mein besonderer Dank gilt auch den Damen und Herren des Gemeinderats für die konstruktive Zusammenarbeit. Am Ende des Jahres bin ich zuversichtlich, dass wir auch in Zukunft uns in bewährter, wertschätzender Weise zum Wohle der Stadt gemeinsam engagieren werden und dass wir uns vernünftig und abwägend den Realitäten dieses Haushalts stellen. Wir bitten Sie deshalb nachdrücklich um ihre Zustimmung.

Ein ausdrücklicher Dank gilt Jürgen Eberle und seinem Team der Kämmerei, die seit Monaten intensiv am Haushalt gearbeitet und alles akribisch und kritisch auf den Prüfstand stellten. Herzlich danke ich auch Bürgermeister Emilio Verrengia, der die intensiven Haushaltsgespräche geführt hat und Ihnen nun unsere Pläne für den Haushalt 2024 in gewohnter Weise vorstellen wird.

Uns allen wünsche ich trotz der vielen Belastungen eine frohe, besinnliche und gesegnete Weihnacht und ein friedliches, gutes, gesundes Neues Jahr, geprägt von Kraft und Zuversicht.